



**LISA GNADL, MdL**

*Sozialpolitische Sprecherin  
und stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende  
der SPD-Landtagsfraktion*

## **SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

mit diesem Newsletter wollen wir über die Neuigkeiten aus dem Hessischen Landtag zu den Themen Soziales und Integration informieren. Der Zuständigkeitsbereich des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses umfasst eine Vielzahl von Themen – von der Gesundheitspolitik über die Belange von Familien, Kindern und Jugendlichen, über die Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zu Inklusions- und Integrationsfragen. Unser neuer Newsletter konzentriert sich daher immer auf die aktuellsten landespolitischen Themen und Debatten aus all diesen Bereichen.

Wir freuen uns über Ihr Interesse, aber auch auf Anregungen und Kritik.

Ihre



Lisa Gnagl



## Falsches Signal an die Ungeimpften

Mit der Festlegung, die Impfzentren Ende September zu schließen, sendet die Landesregierung zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt ein völlig falsches Signal an alle, die noch keinen Impftermin haben. Schwarzgrün glaubt offensichtlich, den weiteren Verlauf der Impfkampagne zuverlässig vorhersagen zu können. Dabei wissen inzwischen alle, wie viele Unwägbarkeiten es auf dem Weg zu einem umfassenden Impfschutz der Bevölkerung gibt. Niemand kann sicher sagen, dass die Hausärztinnen und Hausärzte im Oktober keine Entlastung durch die Zentren mehr brauchen. Insofern ist der Beschluss voreilig. Im Übrigen wird es der Sache nicht gerecht, eine so wichtige Entscheidung vor allem mit den Kosten der Impfzentren zu begründen, deren Ko-Finanzierung durch den Bund am Ende des dritten Quartals ausläuft. Diese Politik nach Kassenlage ist falsch.

## Aktuelle Fallzahlen sind alarmierend - Kinder und Jugendliche besser schützen

Leider hat sich bereits jetzt bewahrheitet, was wir im vergangenen Jahr schon zu Beginn der Pandemie befürchtet haben: Die aktuell vorgelegten Fallzahlen zeigen im Bereich der

häuslichen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche schon jetzt einen deutlichen Anstieg der Beratungsfälle um 30 Prozent. Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen. Das Sicherheitsnetz durch Bezugspersonen außerhalb der Familien – in Kitas, Schulen und Sportvereinen – ist für die meisten Kinder und Jugendlichen in der Pandemie weggefallen oder war sehr eingeschränkt. Die SPD-Fraktion hat deshalb einen dringlichen Berichtsantrag formuliert und in den sozialpolitischen Ausschuss des Landtags eingebracht.

Die Frage ist, wie die Landesregierung plant, zeitnah auf die akut wachsende Zahl der in Not geratenen Kinder und Jugendliche zu reagieren. Was wir brauchen, sind zusätzliche, dauerhafte Personalstellen in den Beratungsstellen. Dazu muss die Finanzierung dieser Stellen auf eine neue, verlässliche und planbare Grundlage gestellt werden. Die Kinder und Jugendlichen müssen schnell einen Beratungstermin bekommen können. Im Prinzip sollten sie zumindest ein lokales Hilfstelefon rund um die Uhr an jedem Tag der Woche erreichen können. Die Landesregierung muss dringend mehr Maßnahmen ergreifen, um Kinder besser zu schützen. Zum Beispiel durch niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten zu Beratungsstellen, Polizei und Jugendamt sowie die Öffnung und die Rückkehr in den Normalbetrieb in Kitas, Schulen und Jugendzentren, damit die Kinder weitere Vertrauenspersonen um sich haben.



## Hessen muss die Angebote der sozialen Arbeit schützen

Die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und die Angebote der sozialen Arbeit, die sie bereitstellen, leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade Menschen in Notlagen sind darauf angewiesen, dass diese Angebote sichergestellt sind.

Die Corona-Pandemie hat die Anbieter der sozialen Dienste jedoch selbst vor große Herausforderungen gestellt – organisatorisch und finanziell. Sofern die Angebote aufrechterhalten wurden, konnten und können sie oftmals nur digital erbracht werden. Dadurch stiegen die Ausgaben für IT-Ausstattung und Schulungen der eigenen Beschäftigten. Hinzu kommen die Kosten für Schutzausrüstung wie etwa Masken und Tests. Gleichzeitig sind den Organisationen aber auch viele Einnahmen weggefallen – etwa, weil Spenden zurückgingen oder die Einnahmen aus Gebühren für Kurse fehlen, die wegen Corona ausfallen müssen. Das sind finanzielle Ausfälle, die einige Anbieter in ihrer Existenz bedrohen. Wir können als Gesellschaft aber nicht auf diese sozialen Dienstleistungen und ihre Erbringer verzichten, insbesondere nicht in der aktuellen Situation, in der in vielen Bereichen die Zahl der Notleidenden und Hilfsbedürftigen ansteigen. Deshalb fordern wir von der schwarzgrünen Lan-

desregierung in Hessen, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die den Fortbestand der Organisation der Wohlfahrtspflege langfristig absichern. Aus unserer Sicht ist dazu auch ein hessischer Sonderfonds zur kurzfristigen und schnellen Unterstützung der Erbringer sozialer Dienstleistungen dringend geboten.

## Konkrete Angebote für Kinder und Jugendliche – auch beim Impfen

Kinder haben in der gesamten Pandemie bereits sehr viel einbüßen müssen und haben nach den auch für sie besonders harten Monaten ein Anrecht, besonders geschützt zu werden. Daher ist es ein positives Signal, dass der Impfstoff nun zumindest auch für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahre freigegeben wurde. Insbesondere Heranwachsende aus dieser Altersgruppe, die Vorerkrankungen haben und für die daher eine Impfpflicht besteht, müssen nun zeitnah ein Impfangebot bekommen. Für alle anderen in dieser Altersgruppe muss die Möglichkeit zur Impfung bestehen, sofern sich die Heranwachsenden und ihre Eltern nach ärztlicher Beratung für die Immunisierung entscheiden.

Wenn man dies zeitnah und gut organisiert umsetzen will, brauchen wir in Hessen neben zusätzlichen Impfdosen auch eine ausführliche Informations- und Aufklärungskampagne für Eltern, Kinder und Jugendliche unter Einbeziehung der Kinder- und Hausärzte.





Mit Blick auf die vor uns liegenden Sommerferien muss klar geregelt und kommuniziert werden, dass Urlaub auch für ungeimpfte Kinder und Erwachsene möglich sein wird, da Corona-Tests den Impfungen gleichgestellt sind. Das gilt für Deutschland und die meisten EU-Länder.

## Nachbesserungsbedarf bei Taubblinden- und Gehörlosengeld

Kürzlich fand im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss eine Anhörung zum „Gesetz zur Teilhabe von Menschen mit Sinnesbehinderung“ statt. Die damit vorgesehene Einführung eines Taubblinden- und eines Gehörlosengeldes wurde von uns vielfach gefordert und ist somit lang überfällig. Und dennoch hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der viel Raum für Kritik seitens der Verbände und Organisationen offenließ, obwohl sie teilweise schon bei der Einführung des Blindengeldes vorgetragen wurden. So können Menschen, die von einem anderen Bundesland in eine stationäre Einrichtung in Hessen ziehen, nicht mit Blinden-, Gehörlosen- oder Taubblindengeld rechnen. Damit wird das Recht auf Freizügigkeit unterlaufen.

Darüber hinaus sei für Gehörlose ohne weitere Behinderung die Zuerkennung eines Grades der Behinderung von – wie im Gesetz gefordert – 100 Prozent nicht erreichbar, sodass die Betroffenen weiterhin leer ausgehen.

Wir werden mit einem entsprechenden Änderungsantrag auf die Schwachstellen im Gesetzentwurf reagieren.

## Unser Integrationskonzept

Die SPD-Landtagsfraktion hat ein Grundsatzpapier zur Integrationspolitik in Hessen erarbeitet, das Grundlage für einen aktuell beginnenden Dialog mit Akteuren der Integration aus Hessen ist. Das Papier beschäftigt sich grundsätzlich mit der Integrationspolitik in Hessen und kommt zum Ergebnis, dass Hessen zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft ein schlüssiges Integrationskonzept benötigt. Dieses fordern wir von der Landesregierung ein, da die bisherige Integrationspolitik von Schwarzgrün durch einige Einzelmaßnahmen und Projektförderungen gekennzeichnet ist, jedoch Grundsätze und Strukturen einer nachhaltigen Integrationspolitik fehlen.

**Wenn Sie Interesse haben, künftig unseren Newsletter zu sozialpolitischen Themen zu erhalten, klicken Sie hier.**